

KOMPAKT

Namen und Nachrichten

Solingen. Zum Jahrestag des fremdenfeindlichen Brandanschlags von Solingen hat die NRW-Regierung zu mehr Integration statt Abschottung aufgerufen. Das sei die Antwort im Jahr 1993 gewesen, und das gelte 2016 uneingeschränkt fort, sagte Integrationsminister Rainer Schmelzer (SPD) am Sonntagabend auf der Gedenkfeier. Der Solinger Oberbürgermeister Tim Kurzbach (SPD) warnte zugleich vor einem zunehmenden Rechtspopulismus.

Pegida. Die Staatsanwaltschaft Leipzig hat ein Verfahren gegen „Pegida“-Frontfrau Tatjana Festerling wegen des Vorwurfs der Volksverhetzung und Aufwiegelung zu Straftaten einem Bericht zufolge eingestellt. Die Staatsanwaltschaft sehe bei Äußerungen Festerlings auf Demonstrationen der fremden- und asylfeindlichen „Pegida“-Bewegung „noch“ keinen Straftatbestand erfüllt, berichtete der MDR.

LEUTE

Maybrit Illner sieht Kanzler-TV-Duell kritisch



Berlin. Moderatorin Maybrit Illner (51) hält das TV-Duell der Kanzlerkandidaten im Bundestagswahlkampf für verbesserungswürdig. „Mein Lieblingsduell ist dieses Kanzlerduell nicht“, sagte Illner der „Neuen Osnabrücker Zeitung“. „Vier Journalisten und zwei Politiker – das ist eine sehr künstliche Situation und in der Struktur das Gegenteil von einem Duell.“ Zudem sei ein Streitgespräch schwierig mit zwei Kandidaten, die bereits zusammengearbeitet haben. *dpa*

FOTO: DPA

Shailene Woodley wirbt für Bernie Sanders



Los Angeles. Die US-Schauspieler Shailene Woodley (24, Foto), die Heldin aus der „Divergent“-Kinoreihe, macht sich in Kalifornien für den demokratischen Präsidentschaftsbewerber Bernie Sanders stark. Zusammen mit Rosario Dawson (37, „Sin City“) kreuzt der Hollywood-Star in einem Wohnmobil durch Kalifornien, um für den Senator aus Vermont zu werben. *dpa*

FOTO: DPA

ZAHL DES TAGES

88 Prozent der Volkswirte am Finanzplatz London halten im Falle eines „Brexit“ eine Eintrübung der britischen Wachstumsaussichten für sehr wahrscheinlich, ergab eine Umfrage des „The Observer“.

WORTLAUT

„Wir sind längst ein Einwanderungsland, also sollten wir die Einwanderung regeln.“

Justizminister Heiko Maas (SPD) drängt auf ein Einwanderungsgesetz.



Ausweg aus der Karriere-Falle

Top-Forscher Kai Schmidt aus Dortmund hangelte sich von Vertrag zu Vertrag. Milliardenprogramm von Bund und Ländern soll jungen Wissenschaftlern helfen

Von Christopher Onkelbach

Essen. Er musste 40 Jahre alt werden, bis es endlich geklappt hat: Kai Phillip Schmidt wurde Professor. Schmidt ist ein Vorzeige-Wissenschaftler, erwarb sich einen internationalen Ruf durch seine Arbeiten in der Quantenphysik und sammelte viele Forschungspreise ein. Mit 32 erhielt er den europäischen Preis für junge Wissenschaftler (EURYI), später den Innovationspreis NRW, da war er 34 Jahre. Zwischendurch forschte er im Ausland. 2008 übernahm er die Leitung einer Forschungsgruppe an der TU Dortmund. Dennoch hangelte sich der Top-Physiker von Zeitvertrag zu Zeitvertrag.

„Rund 100 Bewerber gibt es im Normalfall für eine Professorenstelle in meinem Fach“, sagt Schmidt. Nur ein Bruchteil der hochqualifizierten Akademiker schafft es bis zu diesem Punkt, „die meisten brechen ab, gehen ins Ausland oder in die Wirtschaft“, erzählt Schmidt. Seit kurzem hat er den Lehrstuhl für Theoretische Physik an der Uni Erlangen, seine Frau und die beiden kleinen Kinder werden bald aus Dortmund nachziehen. Es ist keine Überheblichkeit, wenn er sagt: „An meiner Leistung lag es nicht, dass es so lange mit der Professur dauerte.“

„Wir brauchen 5000 zusätzliche Professuren.“

Gerhard Keller, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)

Denn der Dortmunder Physiker ist keine Ausnahme: Hoch motiviert und bestens ausgebildet, aber schlecht bezahlt und auf wackeligem Posten – so stellt sich immer noch die Lage der zukünftigen Elite dar. Etwa 80 Prozent der bundesweit rund 180.000 hauptberuflichen wissenschaftlichen Mitarbeiter haben befristete Verträge und wissen nicht, ob sie jemals eine feste Stelle ergattern. Karriere oder Familie können sie nicht planen. Und mit Ende 30, Anfang 40 stehen sie vor der Wahl: Weiter auf eine unsichere Uni-Karriere setzen oder abspringen? Viele wählen die zweite Variante. „Es ist unanständig, wie mit den Nachwuchswissenschaftlern umgegangen wird“, empörte sich schon vor Jahren Gerhard Keller, Hochschulexperte der Bildungsgewerkschaft GEW.

Das soll sich jetzt ändern oder



Kai Phillip Schmidt ist einer der besten Physiker in Deutschland. Er wurde mit Preisen und Ehrungen überhäuft. Aber der Sprung auf eine Professorenstelle gelang ihm erst mit 40 Jahren. Vielen Forschern ergeht es ähnlich. FOTO: SABRINA NEEF/WAZ

zumind. Nach der Einigung auf das Milliardenprogramm zur Förderung der Spitzenforschung an Unis (Exzellenzinitiative), haben Bund und Länder beschlossen, auch die Karrieren des wissenschaftlichen Nachwuchses zu fördern. Eine Milliarde Euro schwer ist das Programm, mit dem bis 2032 bundesweit mindestens 1000 „Tenure-Track-Professuren“ geschaffen werden sollen.

Das in den USA übliche „Tenure-Track-Verfahren“ ist quasi eine abgesicherte Laufbahn vom herausragenden Nachwuchswissenschaftler zum Lebenszeit-Professor – sofern die Leistungen überzeugen. Erreichen die Forscher die mit der Uni vereinbarten Ziele, wird ihre Stelle nach sechs Jahren entfristet. Die Stellen sollen nach

Auslaufen des Programms von den Ländern weiterfinanziert werden. Die Ministerpräsidenten und die Kanzlerin müssen dem Programm am 16. Juni noch zustimmen – das allerdings gilt als Formsache.

207 neue Stellen für NRW

Der normale Weg verläuft immer noch etwa so: Nach dem Studium ist eine Promotion Pflicht. Wer Glück hat, ergattert danach eine Habilitationsstelle und verfasst sechs Jahre eine Habilitationsschrift. Damit kann man als Privatdozent arbeiten und sich nach mehrjähriger Erfahrung auf eine Professur bewerben – falls eine frei wird und man das Berufungsverfahren übersteht. Der Tenure-Track-Weg schafft hier viel mehr Sicherheit.

Die 1000 neuen Stellen werden nach einem Schlüssel auf die Länder verteilt. „Danach entfallen auf NRW 207 Stellen für Tenure-Track-Professuren“, teilt das Wissenschaftsministerium in Düsseldorf mit. Das bedeutet eine Entlastung für die Hochschulen, zumal das Verhältnis zwischen Professoren und Studierenden in NRW mit 1:68 sehr schlecht ist. Das Land ist hier bundesweit Schlusslicht.

Während die Landesregierung in dem Programm einen „Kulturwandel für die Unis“ erkennt, geht es der Gewerkschaft GEW nicht weit genug: „1000 neue Stellen sind gut – aber sie decken den Bedarf an den Hochschulen nicht. Wir brauchen 5000 zusätzliche Tenure-Track-Professuren“, sagte der stellvertretende GEW-Chef Keller.

Vorrangiges Ziel sind ein Ende der Unsicherheit und besser planbare Lebensläufe für die Forscher. NRW-Wissenschaftsministerin Svenja Schulze (SPD) sieht in dem Programm einen „Schritt in die richtige Richtung“. Wichtig sei, dass sich die Gesamtzahl der Professuren dadurch dauerhaft erhöht. „Für mich kommt das leider zu spät“, sagt Physiker Schmidt. Er hatte stets die Tenure-Track-Option gefordert.

550 Millionen Euro im Innovations-Wettbewerb

■ In einer weiteren Initiative wollen Bund und Länder mit 550 Millionen Euro **kleine und mittelgroße Universitäten sowie Fachhochschulen** unterstützen. Der Wettbewerb „**Innovative Hochschule**“ startet im Jahr 2018 und hat eine Laufzeit bis 2027.

■ Bedingung für eine Förderung: **Die Arbeit der Hochschule muss für Wirtschaft/Gesellschaft „besonders relevant“ sein**, entscheidend sind Kooperationen und Transfer in die Wirtschaft. Leistung soll auch jenseits der Spitzenforschung belohnt werden.

FDP-Chef erkennt riesigen Sanierungsstau in NRW

Christian Lindner spricht von 14 Milliarden Euro, die im Verkehrsbereich fehlten. Bund soll Ländern mit einem Fonds helfen

Von Wilfried Goebels

Düsseldorf. FDP-Chef Christian Lindner fordert eine „Reparatur Deutschlands“. Angesichts des Verfalls von Straßen, Brücken und Bahnen müsse der Bund 20 Jahre lang jeweils zwei Milliarden Euro in einen Fonds zur Sanierung der Verkehrsinfrastruktur einzahlen, sagte Lindner dieser Zeitung. Vor allem NRW müsse raus aus der Stagnation. „Die Wirtschaft hier ist auf ein modernes Verkehrsnetz angewiesen.“ Lindner bezifferte den Sanierungsstau im Verkehrsbereich in NRW auf mehr als 14 Milliarden Euro.

Aus Sicht Lindners können Kommunen und Länder den riesigen Sa-

nierungsstau von bundesweit 45 Milliarden Euro nicht allein beheben. „Die nachholende Sanierung kann nur als gesamtstaatliche Aufgabe, als Kraftakt mit Beteiligung des Bundes in einem längeren Zeitraum bewältigt werden“, sagte Lindner. Auf einem Wirtschaftskongress auf Einladung der FDP mit 450 Teilnehmern aus Wirtschaft, Gewerkschaften und Verbänden will Lindner am Dienstag im Düsseldorfer Landtag sein Fonds-Modell vorstellen.

Wirtschaftsstandort NRW in Gefahr?

Lindner kritisierte, dass seit Jahren der Mangel in der Verkehrspolitik verwaltet werde. „Straßen und Brücken bröckeln, Staus belasten Bür-



Christian Lindner (FDP) fordert die „Reparatur Deutschlands“ FOTO: STRAUCH

ger, Unternehmen und Umwelt zugleich.“ Gerade NRW als Industrie- und Transitland sei von dem Sanierungsstau in der Infrastruktur besonders betroffen, klagte der FDP-Chef. Ohne die Wiederherstellung und Weiterentwicklung einer leistungs-

fähigen Verkehrsinfrastruktur sei der Wirtschaftsstandort NRW gefährdet und nicht zukunftsfähig.

Die „Reparatur Deutschlands“ mit Hilfe des Bundes hält Lindner für finanzierbar. Dem Bund würden in den nächsten Jahren erneut Steuermehreinnahmen in dreistelliger Milliardenhöhe zufließen – ein Teil dieser Mittel müsse zur Sanierung der Verkehrsinfrastruktur eingesetzt werden, um zur Stärkung eines mobilen und modernen Landes beizutragen. Lindner rechnete vor, dass der Staat bereits heute jedes Jahr 50 Milliarden Euro an Steuern und Abgaben aus dem Straßenverkehr einnimmt. „Das ist ein Vielfaches der Mittel, die derzeit aus dem

Hannelore Kraft erlebt einen „Horrorflug“

Sturm: Pilot bricht in Frankfurt Landung ab

Frankfurt. Schrecken in Frankfurt: Das schwere Unwetter hat die nordrhein-westfälische Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) beim Rückflug von einer Dienstreise in Estland kräftig durchgerüttelt. Als die Regierungschefin am Freitagabend mit dem Flug LH 883 in Frankfurt landen will, tobt ein heftiger Sturm über der Stadt. Die Maschine wird von kräftigen Turbulenzen erfasst, so dass die Piloten wegen des starken Wackelns der Maschine wenige Meter über der Landebahn wieder durchstarten müssen.

Krafts Delegation muss nach dem ersten Schock in Erfurt zwischenlanden, um neuen Treibstoff aufzunehmen. Mit zwei Stunden Verspätung landet die Ministerpräsidentin spät abends in Frankfurt. Da hatte Kraft schon ein volles Flugprogramm absolviert: Morgens war die Regierungschefin vom norwegischen Bergen mit einem Zwischenstopp in Kopenhagen in die estnische Hauptstadt Tallinn geflogen und war dort auch mit Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) zu Gesprächen mit der estnischen Regierung zusammengetroffen.

Lieber Bahn fahren nach dem Schreck

Nach vier Starts und Landungen an einem Tag erreichte Hannelore Kraft Frankfurt. Ein Mitglied aus ihrer Delegation weigerte sich nach dem „Horrorflug“, von Erfurt nach Frankfurt weiterzufliegen und fuhr mit der Bahn zurück nach Düsseldorf. *goe*

Polizeieinsatz bei Rockertreffen

Wesel. Bei zwei Rockertreffen am Niederrhein hat die Polizei zahlreiche Waffen sichergestellt. Die Treffen am Samstagabend seien von einem Großaufgebot der Polizei mit rund 200 Beamten begleitet worden, berichtete ein Polizeisprecher in Wesel. Die „Freeway Riders“ hatten ihre Anhänger in Alpen und der „MC Gremium“ seine Sympathisanten im benachbarten Kamp-Lintfort versammelt. Allein in Alpen seien fast 300 Menschen überprüft worden.

Die Polizisten stellten zahlreiche Stich- und Schlagwaffen sicher. Die Kontrollen waren nach Angaben der Polizei eine Reaktion auf die gewalttätigen Auseinandersetzungen in der Rockerszene in den vergangenen Monaten. *dpa*

Bundeshaushalt in die Verkehrsinfrastruktur investiert werden.“

Absprache mit Wirtschaftsverbänden

Im Vorfeld des Kongresses hatte sich Lindner mit dem Präsidenten der Industrie- und Handelskammern (IHK) in NRW, Ralf Kersting, über den Handlungsbedarf für den Industriestandort ausgetauscht. Auf dem Kongress wird auch der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Ulrich Grillo, über die Verkehrsprobleme der Wirtschaft vor allem in NRW reden. IHK-Präsident Kersting hatte einen Masterplan für NRW gefordert, der klare Aussagen und Mittel für eine Infrastruktur-Offensive enthält.